



Artikel vom 29.06.2009
KLAGE GEGEN LISSABON-ABKOMMEN

«Wir brauchen diesen Vertrag dringend»

news.de-Redakteurin Rieke Havertz im Gespräch mit Andreas Maurer

Ob Deutschland den Vertrag von Lissabon ratifiziert, darüber entscheidet das Verfassungsgericht. Wie das Urteil ausfallen könnte und welche Bedeutung die Entscheidung in Karlsruhe für die EU hat, erklärt EU-Experte Andreas Maurer im Gespräch mit news.de.

Mit Spannung wird am Dienstag nach Karlsruhe geschaut. Dann verkünden die Richter des Bundesverfassungsgerichts das lange erwartete Urteil über den Lissabon-Vertrag. Nachdem der Senat in Tschechien der EU-Reform zugestimmt hat, steht nur noch eine Entscheidung in Irland an – und eben das Urteil in Deutschland. Geben die Richter der Klage der Kritiker statt, wäre die Reform gescheitert.

Andreas Maurer von der Stiftung Wissenschaft und Politik hält das allerdings für unwahrscheinlich. Aber: «Ich glaube, das Urteil fällt knapp aus. Es gibt unter den Richtern keinen wirklichen EU-Fan», sagt der EU-Experte im Gespräch mit news.de. Gegen den Vertrag haben unter anderen der CSU-Politiker Peter Gauweiler, eine Gruppe um den ehemaligen Europaparlamentarier Franz Ludwig Graf von Stauffenberg, der Vorsitzende der konservativ-ökologischen ÖDP, Klaus Buchner, sowie die Linksfraktion im Bundestag geklagt.

Der Vertrag von Lissabon soll die Union schlanker und entscheidungsfreudiger machen. Kritiker befürchten jedoch, dass Deutschland zu viel Macht an die EU abgibt. «Es geht darum, dass die Staaten künftig wieder die Macht erlangen, der Kommission zu sagen, was sie zu tun hat – und nicht umgekehrt», sagt Dieter Spethmann. Der langjährige Thyssen-Chef ist einer der Kläger.

Die Kritikpunkte an Lissabon kann Maurer nicht verstehen. «Das Argument der Verletzung der Grundrechte halte ich für übertrieben». Lediglich das Argument der Linken, dass durch den Vertrag die EU in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik militärischer werde, sei nachzuvollziehen. «Aber sie können das nicht verfassungsrechtlich bemängeln, sondern nur politisch. Und da ist das Verfassungsgericht die falsche Adresse», sagt Maurer.

Ein Urteil, das den Vertrag komplett für verfassungswidrig erklärt, gilt daher eher als unwahrscheinlich. Denkbar ist jedoch, dass die Richter gewisse Hürden installieren. So gibt es im Vertrag von Lissabon eine Klausel, durch die die EU ihre eigenen Kompetenzen durch Beschluss des Rates erweitern kann, ohne dass die nationalen Parlamente eigens gefragt werden. Hier könnten die Richter fordern, dass der Bundestag jeweils ausdrücklich zustimmen müsste.

Diese Hürden würden den Klägern aus ihrer Sicht ein gewisses Recht einräumen. «Das könnte durchaus ein Erfolg in unserem Sinne sein», so der Freiburger Staatsrechtler Dietrich Murswiek. Er vertritt die Verfassungsbeschwerde von Gauweiler. Diesen möglichen Zwang zur Zustimmung sieht EU-Experte Maurer kritisch. Schließlich habe eine große Mehrheit im Bundestag für den Vertragsentwurf gestimmt, so Mauer. «Da ist es fragwürdig sich als Abgeordneter von Richtern zwingen zu lassen, etwas anderes zu machen als das, was man selbst eigentlich wollte.»

Dass das Urteil Einfluss auf das Ansehen Deutschlands hat – das als EU-Primus gilt –, glaubt Maurer nicht. Auch das Abstimmungsverhalten in Irland sieht er durch die Situation in Deutschland nicht beeinflusst. «Denn was beklagt wird und was aus meiner Sicht im Urteil für Hürden eingebaut werden, hat nichts mit dem Sachverhalt in Irland zu tun.» Die Iren würden allein aufgrund der Wirtschaftskrise in ein «Ja» zum Lissabon-Vertrag gedrängt.

Und diese Entwicklung ist aus Sicht von Maurer auch gut. «Der Vertrag ist dringend notwendig, denn so geht es nicht weiter.» Eine Erweiterung der EU könne es nicht ohne institutionelle Reformen geben. Und der Entwurf von Lissabon, so Maurer, sei entgegen der Kritik von vielen Seiten gar nicht so schlecht. Auch, wenn es natürlich Verbesserungsmöglichkeiten gebe. «Ich hätte mir vorstellen können, dem EU-Parlament noch mehr Rechte zuzuweisen», nennt Maurer ein Beispiel.

Doch angesichts der Tatsache, dass 27 gleichberechtigte Partner an einem Tisch sitzen würden, ist nicht viel mehr drin. «Und der Vertrag ist besser als das, was der Vertrag von Nizza hergibt.» Und letztlich, bringt es Maurer ganz pragmatisch auf den Punkt, werde Lissabon nicht die letzte Vertragsreform in der Europäischen Union sein.